

frollbeinde in allen Teisen des Reiches stattgefunden. Sie sind mit wenigen Ausnahmen reibungslos verlaufen. Was das Ergebnis der Untersuchung ist, ist bisher, wie schon oben dargelegt, offiziell nicht bekanntgegeben. Es wurden lediglich Andeutungen nach den verschiedensten Richtungen kolportiert. Auch formulierten die bereits oben genannten Punkte und der Reichswehrminister Gessler fühlte sich veranlaßt, in dem Interview, das er einem Vertreter des Berliner Tageblatts gewährte, auf die einzelnen monierten Punkte einzugehen. Sowohl die Feststellungen des Marschalls Foch, als auch die Widerlegungen des Reichswehrministers sind zunächst mit aller Reserve aufzunehmen und leider kann nicht gesagt werden, daß die deutsche Regierung wesentlich dazu beigetragen habe eine Sphäre des Vertrauens zu schaffen. Wenn jede Zeitung, die es nur andeutungsweise wagte, auf Unregelmäßigkeiten in der Räumungsfrage der deutschen Republik hinzuweisen, ohne weiteres des Landesverrats bezichtigt wurde, dann ist zu verstehen, daß vor allen Dingen das Ausland, daß die französischen Nationalisten stutzig wurden. Wenn die deutsche Regierung nichts zu verheimlichen hatte, dann waren eigentlich die etwa tausend Landesverratsprozesse, die hunderten deutscher Zeitungen angehängt wurden, eine schwere Schädigung der deutschen Republik.

Die deutsche Regierung hat demzufolge wenig Recht, sich über die Entscheidung der Völkervertragkonferenz zu mokieren, um so weniger, da gerade der deutsche Außenminister die treibende Kraft war, die das Prestige der deutschen Regierung seit dem August dieses Jahres fortwährend erschütterte. Eine Regierung, die fortwährend vom eigenen Außenminister gemocht wurde, besitzt nicht die Stärke, den Alliierten gegenüber die Lebensinteressen des deutschen Volkes mit entsprechender Entschiedenheit zu vertreten. Dank dem Treiben des deutschen Außenministers haben wir in der Gegenwart nur ein geschäftsführendes Kabinett, und so trägt der deutsche Außenminister, dessen oberste Aufgabe es sein sollte, die Interessen der deutschen Republik zu wahren, einen wesentlichen Teil der Schuld an den Entscheidungen, die am Sonnabend in Paris gefällt worden sind.

Dabei soll freilich nicht verkannt werden, daß die wirtschaftlichen Vorgänge, auf die wir oben Bezug nahmen, für Komplizierung der Situation nicht ohne Bedeutung waren und daß das Völkervertragsproblem im Zusammenhang mit der Räumungsfrage erneut Bedeutung gewinnt.

Unseren Lesern ist die letzte Note Stresemanns über die Voraussetzungen Deutschlands für den Beitritt in den Völkerverbund noch deutlich in Erinnerung. Stresemann verlangte die Garantie für einen Sitz der deutschen Republik im Völkerverbund und Aufklärung, wie sich das abgerüstete Deutschland bei militärischen Zwangsmaßnahmen des Völkerverbundes gegen Strauß-Politik verhalten habe. Durch die Vogel-Strauß-Politik Stresemanns in Fragen des Völkerverbundes hat sich die deutsche Regierung bei der Regelung der wichtigsten internationalen Fragen selbst ausgeschaltet. Dabei soll freilich nicht verkannt werden, daß gerade die Lösung der ägyptischen Frage zeigte, wie der Völkerverbund wesentlich ein Werkzeug in den Händen der gegenwärtig führenden alliierten Staaten ist.

Freilich hat der Völkerverbund kein Recht, bei der Lösung der Räumungsfrage mitzuwirken, immerhin aber wäre die Position der deutschen Republik wesentlich gestärkt worden, wenn sein Vertreter auf der Tagung des Völkerverbundes in Rom den deutschen Gesichtspunkt hätte zur Geltung bringen können. Dies um so mehr, als wenigstens andeutungsweise darauf verwiesen wird, daß völlige Einmütigkeit zwischen den Alliierten in der Räumungsfrage nicht besteht. Ob das den Tatsachen entspricht, kann von Außenstehenden nicht nachgeprüft werden. Immerhin ist in der Haltung Herriots ein merkbarer Wandel zu konstatieren, und es zeigt sich, wie stark der Einfluß Macdonalds auf die Lösung aller der Reparationsfragen gewesen ist. Die Entscheidungen des französischen Ministerpräsidenten werden wesentlich bestimmt durch die Frage der Selbsterhaltung, und es ist charakteristisch genug, wenn die französischen Linksparteien, um das demokratische Kabinett zu halten, in all diesen Fragen wesentliche Konzessionen machten. Man teilt mit, daß der Quotidian die Haltung Herriots zur Räumungsfrage gebilligt habe, und erst in diesen Stunden wird bekannt, daß sich bei der Ere Kowale eine Wandlung zugunsten Deutschlands bemerkbar mache. Ob aber diese Einflüsse insinuiert sein werden, auf die Haltung der französischen Regierung wesentlich Einfluß zu gewinnen, steht dahin. Die französischen Sozialisten, ohne deren Unterstützung das Kabinett Herriot nicht bestehen kann, tragen daher eine besondere Verantwortung bei der Regelung dieser Fragen. Daß die Entscheidung der Völkervertragkonferenz auf die

Bildung des neuen Kabinetts im Reich nicht ohne Einfluß bleiben wird, dürfte ohne Zweifel sein. Darum ist die Haltung der französischen Sozialisten nicht nur vom Standpunkte Frankreichs, sondern auch hinsichtlich der Demokratisierung in Deutschland von außerordentlicher Bedeutung.

Am 2. Januar treten in Brüssel die obersten Verwaltungsbehörden der sozialistischen Internationale zusammen. Später soll eine gemeinsame Tagung mit der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgen. Die SWI hat feinerzeit in der georgischen Frage scharfen Protest erhoben. In einer Protestkundgebung im ägyptischen Konflikt mußte sie erst eingehend ermahnt werden. Hoffentlich aber wird die Tagung die Initiative ergreifen, um den Einfluß der sozialistischen Bewegung auf die Gestaltung der Räumungsfrage zur Geltung zu bringen. Es handelt sich nicht nur darum, den Paragraphen des Versailler Vertrages Geltung zu verschaffen, weil sie jetzt zugunsten Deutschlands sprechen, sondern es ist notwendig, durch die Lösung dieses Problems zugunsten beider Teile eine neue reaktionäre Rückwirkung auf die Gestaltung der europäischen Fragen zu verhindern.

Von der Firma Krupp in Essen wird dem Wollfischen Bureau mitgeteilt: Die Pariser Meldung, 47 000 neue Gewehre seien bei Krupp ermittelt worden, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Krupp-Essen hat bekanntlich überhaupt nie Gewehre hergestellt. Das kleine Krupp'sche Stahlwerk in Annen (Westf.) wagt von altersher Gewehrfabrikation, namentlich für Jagdgewehre, ist aber auch als Lieferant für den Bedarf der Reichswehr zugelassen. Dementsprechend hat Annen im Jahre 1924 etwa 25 000 rohe, ungebohrte Laufjähre für die von der Kontrollkommission zugelassenen Gewehrfabriken gewalzt und dies auch der Kontrollkommission gegenüber niemals verheimlicht.

### III. Warschau, 28. Dezember.

Auf dem gestern begonnenen Kongress der französischen Liga für Menschenrechte erklärte das Vorstandsmitglied Prof. Dr. B. J. S. hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone, daß man nach seiner Ansicht hierüber mit der deutschen Regierung in Verhandlungen hätte eintreten müssen. Prof. S. verlangte dringend die Fortsetzung einer Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland, damit die moralische Entwaffnung in den beiden Ländern erfolgen könne.

## Die Abbaumütigen.

(Von unserm tschechoslowakischen Berichterstatter.)

J. B. Das tschechoslowakische Staatsbudget ist nicht gerade glänzend gestellt. In den sechs Jahren des Bestandes der Republik hat man es fertiggebracht, ein Defizit von 24 Milliarden Kronen, also immerhin 3 Milliarden Goldmark zu machen. Bei einer Einwohnerzahl von 13 1/2 Millionen eine ganz respektable Bilanz. Dieser Betrag müßte auf dem Darlehenswege aufgebracht werden. Dazu kamen andre Schulden, so daß heute der Schuldendienst gegen 2 Milliarden Kronen jährlich erfordert. Auf die Goldbasis umgerechnet ergibt sich, daß die ein Viertel der allösterreichischen Einwohnerzahl repräsentierende Tschechoslowakei ein ebenso hohes Budget hat wie das alte Österreich. Die Folge davon sind erhöhte Steuern, ganz besonders jene indirekter Art, ihre Konsequenz eine allgemeine Befragung des Wirtschaftslebens, Teuerung und letzten Endes dauernde Abwärtssteige, die den Eingang der direkten Steuern unterbindet, damit die Staatsfinanzen schädigend.

Während im alten Österreich pro Kopf jährlich 14,77 Kronen an direkten Steuern gezahlt wurden, waren es 1923 in der Tschechoslowakei 129,05 Kronen, also noch nicht die zehnfache Erhöhung, die sich in der Teuerungsindezziffer mit 1020 ausdrückt. Dagegen stiegen die indirekten Steuern pro Kopf von 36,11 auf 580,82 Kronen, mithin um das sechszehnfache. Der Gesamtbetrag aller Steuern steigerte sich demzufolge sechszehnfach. Sechsfache Geldentwertung, siebenfache Vorkriegspreise, zehnfache Teuerung und sechszehnfache Steuern und trotzdem jährliches Defizit im Staatshaushalt — das paßt wenig zusammen und deshalb wurde nach Abhilfe gesucht.

Das 15-Milliardenbudget der Tschechoslowakei umfaßt einen Personalaufwand von 7 Milliarden. Sicherlich viel zu viel für einen kleinen Staat. Entstanden ist dieser gewaltige Aufwand durch willkürliche Entlassungen und Pensionierungen nichttschechischer Beamter, durch wahllose Aufnahme und Beförderung guter „Patrioten“. Es gibt heute in der Tschechoslowakei dreißigjährige Generäle mit 20 errechneten Dienstjahren, dreißigjährige Ministerialräte, sechszehnjährige Sektionschefs. Das sind die höchsten Ministerialbeamten. Es ist klar, daß hier ein Abbau erfolgen muß, weil dieser unmotivierte Personalaufwand den Staatshaushalt und damit den Staat ruiniert. Aber Voraussetzung des Abbaus ist eine gründlich durchgeführte Verwaltungsreform. Man muß wissen, wo abzubauen ist, ehe man mit dem Abbau beginnt. Nachdem sechs Jahre gewußt wurde, ist plötzlich der Abbau ins Auge gefaßt. Ohne Reform, ohne Plan haben sich die Koalitionsparteien auf einen mechanischen Abbau geeinigt. Im nächsten Jahr sollen 10 Prozent der Staatsangestellten befreit werden. Für die Folge behält sich die Regierung alle Vollmachten vor. Sie

will abbauen, so viel ihr nur bekommt. Jeder anständige Unternehmer verhandelt mit seinen Arbeitern und Angestellten bei Restriktionen des Betriebes. Der Staat, der den Unternehmern ein Geheiß über die Betriebsverhältnisse diktiert, zieht ihnen auch, wie man es umgehen kann, er läßt sich ein Geheiß über den automatischen Personalabbau bewilligen und geht adios an den Rechten der Gewerkschaft vorüber.

Daß es so ist, ist eine der Tragödien des tschechoslowakischen Protektorats. Gerade die Frage der Staatsangestellten wird äußerst kompliziert durch nationale Momente. Es gibt eine in Wahrheit gar nicht existierende „tschechoslowakische Staatsprache“. Sie muß jeder Staatsangestellte beherrschen. In Österreich sah ich in Trnawitz in einem Bahndienst eine Tafel, wonach den Angestellten im Dienst die Benutzung der Staatsprache zur Pflicht gemacht, jene der deutschen Sprache streng verboten ist. So entwickelt sich aus dem nationalen Kampf ein tatsächlicher Kampf um den Arbeitsplatz, der den nationalitätlichen Gehern auf beiden Seiten willkommen „Arbeitsmöglichkeiten“ bietet. Die einzig Verursacher, die diesen Streit zu hindern hätten, wären die Gewerkschaften. Aber sie sind selbst national und hypernational gespalten. Die tschechisch-sozialdemokratischen Gewerkschaften werden durch ihre nationalsozialistischen Kollegen zu einer chauvinistischeren Politik getrieben, als sie ihnen vielleicht selbst lieb ist. Sie haben dabei die Staatsräson auf ihrer Seite, können also mühelos Erfolge erringen. Erfolge, die sie von ihren wirklichen Klassenangehörigen auf der deutschen Seite trennen müssen. Die nationale Frage ist in der Tschechoslowakei ein circulus vitiosus, und seiner Geschlossenheit entrinnen zu wollen, erscheint vorläufig ausichtslos zu sein.

So geht es zu der absoluten Härte des Abbaus für die Staatsangestellten noch die relative hinzu, soweit sie die Deutschen betrifft. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß bei dem Abbau in erster Linie die nichttschechoslowakischen Staatsangestellten daran glauben müssen. Neues Leid für sie, aber auch neue Nahrung für die chauvinistischen Hecher auf beiden Seiten, vermehrte Unruhe für den Staat, der der Ruhe so heilige, vermehrte Trennungspunkte für die arbeitende Klasse, die gerade jetzt, wo die kapitalistische Reaktion sich einigt, der Annäherung so bedürftig wäre.

Der Staat will aber nicht nur abbauen, er will auch den verbleibenden Beamten bessere Gehälter bezahlen. Von der Besoldungsreform hört man aber so wenig, wie von der Verwaltungsreform. Zwei Ermäßigungen wurden der Regierung erteilt. Sie kann für das Jahr 1924 den Staatsbeamten 170 Millionen, für das Jahr 1925 neuerlich 250 Millionen an Remunerationen auszahlen. Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, der da gewahrt wird. Die Unzufriedenheit unter den Staatsbeamten wird dadurch nicht gemildert, sondern erhöht werden. Die Unlust zur Arbeit wird vermehrt, obwar große Kosten erwachsen.

Es erweist sich die ganze unbedachte Abbaupolitik als Unfalsch für den Staat und die arbeitende Klasse, die Erfolge werden die Chauvinisten bei ihrer in jeder Hinsicht destruktiven Arbeit einheimen.

## Der sozialistische Gemeindegewahlerfolg in Nieder-Österreich.

190 Mandate gewonnen.

SPD. Wien, 27. Dezember.

Das Endergebnis der Gemeindegewahlen Nieder-Österreichs, wie es nunmehr auf Grund der am 1. d. M. in der Bezirkshauptmannschaften festgestellten Stimmenzahl vorliegt, zeigt ein andres Bild, als es in der vorläufigen amtlichen Meldung der christlich-sozialen Landesregierung über den Wahlausgang zum Ausdruck kam. Nach dieser neuen Feststellung haben die Sozialdemokraten nach Abzug aller Verluste nicht, wie ursprünglich gemeldet wurde, 2 Mandate, sondern 190 gewonnen. Die Bürgerlichen haben nicht 122 Mandate gewonnen, sondern 165 verloren. Die Sozialdemokratische Partei ist in 194 Gemeinden neu eingedrungen, von denen 162 rein bündlich sind. Außer den 190 Gemeindegewählten, welche die Sozialdemokratische Partei auf rein sozialdemokratischen Listen gewonnen hat, wurden noch 169 Mandate auf einer von sozialdemokratischen Kleinbauern aufgestellten Kleinbauern-Liste gewährt. In vielen Gemeinden, gerade mit Kleinbauernlichem Einschlag, haben sich die Kleinbauern angeichts des scharfen Drucks der Gegner nicht getraut, eine rein sozialdemokratische Liste aufzustellen. Andererseits haben die Sozialdemokraten in dem Bezirk Wiener-Neustadt, wo sie bei den Gemeindegewahlen infolge der Abwanderung zahlreicher Betriebe Mandate verloren haben, nur 3 Prozent der Stimmen eingeholt, die bürgerlichen Parteien aber 5 Prozent und die Kommunisten sogar 25 Prozent. Also auch in diesem Bezirk, wo sich die österreichische Krise besonders stark fühlbar macht, war der Stimmenrückgang bei den Sozialdemokraten nur gering, bei den Bürgerlichen größer und bei den Kommunisten fast katastrophal.

## Die Verteilung der Reparationszahlungen.

III. London, 28. Dezember.

Morgen verläßt der englische Schatzkanzler Churchill London, um am 5. Januar an der Konferenz der alliierten Finanzminister über die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen teilzunehmen. Die Sitzung wird 14 Tage dauern und man nimmt an, daß auch hier die Regelung der alliierten Schulden besprochen werden soll.

## Stephan Born\*.

Zum hundertsten Geburtstag.

SPD. Am 28. Dezember 1924 ist ein Jahrhundert vergangen, seit der Führer der ersten deutschen Arbeiterorganisation Stephan Born das Licht der Welt erblickte. Bis zum 15. Jahre mit Gymnasialbildung durchliefte er in der preussischen Hauptstadt alle Wechsellager einer Lehrlinge zählenden Buchdruckerei und erhielt schon hier die entscheidenden Anregungen zu seiner künftigen Lebensaufgabe. Durch seinen Eintritt in den 1841 gegründeten Berliner Handwerkerverein lernte er die ersten unbeholfenen Versuche einer Organisation der Berliner Gesellen und Meister im fortschrittlichen Sinne kennen. Bereits als Zwanzigjähriger ließ er eine Schrift erscheinen, die den Titel trägt: „Der Verein zur Hebung der arbeitenden Klassen und die Volksstimme über ihn“. Hier lehnt er die Bestrebungen ab, die der immer wachsenden Macht des Proletariats einen Damm entgegenzusetzen wollen. Wir revolutionäre Arbeiter „wollen keine Almosen, wir wollen Gerechtigkeit“, schreibt er. „Aber Gewalt als Mittel und solchen Güterbesitz als Ziel lehnt der jugendliche Kämpfer ab. Wir wollen uns Gerechtigkeit erkämpfen durch die göttliche Macht der Wahrheit, für deren heilige Geheiß wir die Waffen des Geistes schwingen wollen. Wir wollen einen Verein bilden, Menschen werden.“

Nach Abschluß seiner Berliner Zeit ging Born nach Frankreich, dem Hort aller demokratischen Bestrebungen. In Paris gerät er endgültig in die Gefolgschaft von Engels, der seit 1846 dort lebt. Ein Jahr später bringt ihn, der nunmehr begeisterte Sozialist geworden ist, eine Agitationsreise nach der Schweiz, von da wieder nach Brüssel. Dort lernt er im ersten Weltjahr 1848 auch Marx kennen und wird, nachdem die Revolutionen in Paris und Berlin ausgebrochen sind, von dem Kreis um Marx mit dem wichtigsten deutschen Posten betraut: er geht nach Berlin als Organisator der

Arbeiterbewegung. Damit beginnt die zweite und fruchtbarste Periode im Leben Borns: seine praktische deutsche Wirksamkeit. Über ihren Anfang schreibt er an Karl Marx: „Ich bin hier Vorsitzender eines quasi Arbeiterparlaments von Abgeordneten aus sehr vielen Gewerben und Fabriken... über den Kommunistenbund als solchen, wie er hier besteht, kann ich jetzt nichts berichten. Es hat noch niemand Zeit gehabt, ihn in der früheren Weise fest zu organisieren. Er ist aufgelöst, überall und nirgends...“ Diese Briefstelle kündigt die Wendung in Borns Tätigkeit an. Er wirkt nicht mehr für eine Geheimorganisation, sondern für die große öffentliche Partei der Arbeiter. Er muß es in den Kauf nehmen, daß ein Teil der Arbeiter noch nicht durchdrungen ist von den Lehren des Sozialismus und des Klassenkampfes. Wenn nur ihre Führung immer sich der wirtschaftlichen Gegensätze klar bewußt bleibt, dann wird es schon gelingen, die Forderungen und noch nicht klar Sehenden mit fortzureißen. Das ist der Sinn, in dem die erste deutsche Arbeiterorganisation von Born geleitet wird. Das Berliner Zentralkomitee der Arbeiter, das nun entsteht, ist aus Delegierten der einzelnen Berufe zusammengesetzt und hat einen geschäftsführenden Ausschuss. Der kapitalistische Harmoniestandpunkt war überwunden. Born begleitet die Gründung, die am 11. April 1848 vollzogen wurde, mit einem Kommentar, der folgende bezeichnende Sätze enthält: „Wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in unsere Hände und niemand soll sie uns wieder entreißen... Wir wollen uns in die Sache dazwischen, daß jeder von uns sich als ein Mitglied derselben erkläre und betätige, so wird die Organisation der Arbeiter für uns zur ersten Notwendigkeit, sie ist unsere erste Aufgabe.“ Mit diesem Motto geht Born durch alle Schwierigkeiten des Sturmjahres und überseht dadurch das kommunistische Manifest in die Praxis.

Die folgende Zeit brachte Born viele Enttäuschungen. Das französische Parlament zog keine Arbeiter zu seinen Beratungen hinzu. Der Berliner Buchdruckerstreik, den Born im wesentlichen organisiert hatte, ging verloren. Die Arbeiterbewegungen in der Provinz fanden nicht den Anschluß an Berlin und gingen unter. Die demokratischen Kongresse, die der Arbeiterbewegung am nächsten standen und politisch die Republik anstrebten, hatten für das Proletariat kein Verständnis. Auch die französische Nationalversammlung verweigerte. Der Berliner Arbeitertag vom

August 1848 schuf deshalb ein Programm, das auch die politische Forderung der Arbeiter formulierte. Der Staat sollte das Koalitionsrecht in freier Form proklamieren, und jeder Deutsche sollte mit 21 Jahren wahlberechtigt und wahlfähig in Staat und Gemeinde sein. Indirekte Steuern sollten beseitigt und durch eine progressive Einkommensteuer ersetzt werden. Das stehende Heer sollte eingeschränkt, die Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt, dagegen die Volksbewaffnung allgemein eingeführt werden. Auch die allgemeine unentgeltliche Volksschule mit unentgeltlichem Unterricht als Staatsanstalt und von der Kirche getrennt wurde gefordert. Die Arbeitszeit sollte auf 10 Stunden festgesetzt werden. Andere Forderungen betrafen die Organisation der Industrie und Agrarwirtschaft.

Mit diesem Programm begann die „Arbeiterverbrüderung“ in der ersten Zeit, da die allgemeine europäische Reaktion die Freiheitsbestrebungen von 1848 wieder unterdrückte, ihr Einigungs-wert. Ihr wirtschaftliches Programm bestand außer den oben erwähnten Programmpunkten in der Propaganda für Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, die zuerst in Berlin als Schneiderwerkstätten, Brodverordnungen und Krankenpflegeanstalten ins Leben traten. Freilich war allen diesen Organisationen infolge des Ausbleibens einer Staatshilfe nur ein kurzes Dasein beschieden. Aber nach mannigfachen Hindernissen soll die Zentralorganisation schließlich doch etwa 20 000 deutsche Arbeitermitglieder umfaßt haben.

Ende Januar 1849 besuchte Born die alten Freunde Marx und Engels in Köln. Dann wurde er von Leipzig aus, wohin er über Berlin zurückgekehrt war, als Delegierter zu einer Gewerkschaftsberatung nach Dresden entsandt. Hier ist er während des Wai-auffandes noch einmal auf die Barrikade gestiegen. Nach der Niederlage des Aufstandes ordnete er den Rückzug der Freischützer ins Erzgebirge und entlang in die Schweiz. Er hat sich hier nochmals auf die Studentenbank gesetzt und als Professor der neuen Sprachen an der Universität Basel und als demokratischer Redakteur sein Leben beschloßen. Aber wenn er auch nur ein Jahr lang an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung gestanden hat, so hat er diese Bewegung doch organisatorisch und agitatorisch so reich befruchtet, daß die deutsche Arbeiterpartei ihm zu dankbarer Anerkennung verpflichtet ist.

\*) Heber diese Epoche der deutschen Arbeiterbewegung orientiert das von Max Auerer unlangst herausgegebene Werk „Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung, 1848-49. Mit einem Bildnis von Stephan Born. Verlag von V. Hirschfeld, Leipzig 1924. 400 Seiten. Preis brosch. 7,50, geb. 9,50. Wir werden demnächst auf das Werk zurückkommen.